

Massentierhaltung:

Änderungsverfahren für den Landesentwicklungsplan (LEP)



Die SPD-Fraktion hat die folgende Ergänzung für die Stellungnahme der Stadt Linnich zum LEP beantragt. Dem wurde einstimmig zugestimmt.

Änderungen an 2.3 Ziel „Siedlungsraum und Freiraum“

Das Ziel 2.3 soll eine kompakte Siedlungsentwicklung unterstützen und den Freiraum schützen. Der Schutz des regionalplanerisch festgesetzten Freiraums würde durch die vorgeschlagenen Änderungen massiv aufgeweicht.

Die umfangreiche Ausweitung der Ausnahmetatbestände, wann eine Siedlungsentwicklung im Freiraum möglich ist, öffnet der Flächeninanspruchnahme im Freiraum Tür und Tor.

Hierbei ist insbesondere die Aufnahme von nicht nach § 35 Abs. 1 Nr. 4 BauGB privilegierten **Tierhaltungsanlagen** abzulehnen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu betonen, dass die bisherige Regelung keineswegs ein generelles Verbot von Tierhaltungsanlagen im Außenbereich impliziert, sondern nur bestimmte Anlagen im Außenbereich ausschließt.

Tierhaltungsanlagen sind im Rahmen der „Privilegierung“ des § 35 BauGB unter bestimmten Voraussetzungen zulässig. Diese Privilegierung schränkt der aktuelle LEP NRW nicht ein. Auch sind Tierhaltungen von landwirtschaftlichen Betrieben zulässig, bei denen das Futter überwiegend auf den zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden, landwirtschaftlich genutzten Flächen erzeugt werden kann. Gewerbliche Tierhaltungsanlagen, die vorgenannte Anforderung nicht einhalten, sind ebenfalls privilegiert, wenn sie eine bestimmte Anzahl an gehaltenen Tieren nicht überschreiten, ab welcher eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig wird.

Auch der Bestandsschutz bestehender Anlagen wird von der aktuellen Regelung nicht tangiert. Selbst bestehende Anlagen, die nicht privilegiert sind, können bauliche Erweiterungen durchführen, wenn diese nicht der weiteren Aufstockung der Stallplätze dient, sondern es sich dabei um Maßnahmen des Umwelt- und Tierschutzes handelt (z. B. beim Einbau von Luftfiltern oder der Vergrößerung der Einstallflächen pro Tier).

Das Ziel 2.3 in seiner bisherigen Form dient der kompakten, flächensparenden Siedlungsentwicklung und damit der seitens der Landwirtschaft im vergangenen LEP-Beteiligungsverfahren vehement geforderten Erhaltung landwirtschaftlicher Nutzflächen. Die vorgeschlagene Ausnahmeregelung für Tierhaltungsanlagen im Außenbereich zielt hingegen einzig auf die Erleichterung von agrarindustriellen Großprojekten ab, welche nicht dem Erhalt der landwirtschaftlichen Nutzflächen und bäuerlichen Landwirtschaft dienen, sondern die Interessen global operierender Agrarunternehmen bedienen, die von der heimischen Futtermittelproduktion vollkommen abgekoppelt sind.

Damit ist ein deutliches Zeichen für die Stärkung örtlicher Landwirtschaft und gegen industrielle Massentierhaltung gesetzt.

Offene Ganztagschule (OGS)

Die Offene Ganztagsgrundschule des Grundschulverbundes Linnich platzt aus allen Nähten.

Der Bedarf an weiteren Plätzen steigt weiterhin rasant an. Vor diesem Hintergrund haben Schulausschuss und Stadtrat die Erweiterung der Offenen Ganztagschule um eine gemischte Betreuungsgruppe zum Schuljahr 2018/2019 zu erweitern. Die fünfte Gruppe soll eine Mischgruppe aus Ganztagskindern und Mittagskindern werden.

Gleichzeitig wird der Blick schon auf die kommenden Jahre gerichtet.

„Man kann davon ausgehen, dass der Bedarf an OGS-Plätzen stetig steigen wird. Langfristig muss mit der Einführung eines Rechtsanspruchs der Eltern auf einen OGS-Platz gerechnet werden. Es ist daher fraglich, ob die OGS auf Dauer im Gebäude der GAL untergebracht werden kann.“

Es ist sinnvoll, in naher Zukunft die Raumsituation in unserem Schulzentrum im Hinblick auf die weitere Entwicklung von der Primarstufe bis zur gymnasialen Oberstufe noch einmal überprüfen zu lassen, damit notwendige Maßnahmen rechtzeitig in die Wege geleitet werden können“ heißt es in der Verwaltungsvorlage.

Datenschutzverordnung

Unsere Vereine sind bekanntlich die Säulen eines aktiven Dorflebens. Ansprüche und Anforderungen an die Vereine steigen stetig, Unterstützung nimmt hingegen spürbar ab.

Uns als Linnicher SPD Fraktion war und ist jedoch die Wichtigkeit der Vereine in unserer Stadt und den Ortschaften stets bewusst, Unterstützung jeglicher Art, eine Herzensangelegenheit.

Um mögliche Wirren und Konsequenzen zu den aktuellen Änderungen der Datenschutzverordnung aufzuklären, haben wir bei der letzten Ratssitzung die Verwaltung gebeten, eine Informationsveranstaltung für interessierte Vereine unseres Stadtgebietes durchzuführen. Dies wurde von allen anderen Fraktionen begrüßt und mitgetragen.

Alles über den Rat und seine Ausschüsse auf der Internetseite der Stadt Linnich

www.linnich.de

Das Ratsinformationssystem enthält Angaben darüber, welche Gremien es in Linnich gibt und wer darin tätig ist. Sie haben hier die Möglichkeit, sich über alle öffentlichen Dokumente des Rates der Stadt Linnich und dessen Ausschüsse mit Hilfe komfortabler Suchfunktionen zu informieren. Zudem können Sie sich die Sitzungstermine, Tagesordnungen und die darin aufgeführten Dokumente, sowie die Niederschriften aller Gremien anzeigen bzw. ausdrucken lassen.

Im Link zum Sitzungsdienst finden Sie auch weitere Informationen zur Bürger-APP der Firma Sternberg.

Landesparteitag der NRW-SPD



Marion Schunck-Zenker, SPD-Ortsvereinsvorsitzende und Bürgermeisterin aus Linnich, ist erneut als Vertreterin aus dem Kreis Düren in den Landesvorstand der NRW-SPD gewählt worden.

Damit vertritt sie als eine der 30 Beisitzerinnen und Beisitzer erneut die Region auf Landesebene.

Für Linnich bedeutet das weiterhin eine deutliche Stärkung. Kontakte auf Landesebene werden sich auch weiterhin in der praktischen Umsetzung politischer Themen positiv auswirken.

Impressum

Herausgeber:

SPD-Ortsverein und SPD-Ratsfraktion Linnich

Redaktion: Heinz-J. Schiffer (verantwortlich), Alfons Batsch, Marion Schunck-Zenker, Hans-Fr. Oetjen

Im Wiesengrund 13, 52441 Linnich

Druck: xposeprint

Silbersteinstr. 7,

97424 Steinfurt

NRW hat eine bessere Regierung verdient!

Mit der Wahlniederlage im Mai 2017 hat die SPD im Land die Oppositionsrolle angenommen.

Die ersten zwölf Monate der Regierung Laschet zeigen: Die Mitte-rechts Regierung ist für die Menschen in NRW eine Regierung der Enttäuschungen: Vor der Wahl lautstark gegebene Versprechen sind schon jetzt kleinlaut gebrochen. Staus sind auf den Straßen in NRW erst einmal geblieben, der Unterrichtsausfall ebenso und nach der Wahl wird zugegeben, dass Polizistinnen und Polizisten zunächst ausgebildet werden müssen, bevor sie in den Einsatz gehen können.

Der faktenfreie Vorwurfwahlkampf von CDU und FDP fällt der neuen Regierung nun schwer auf die Füße.

□ Die Mitte-rechts Ministerinnen und Minister sind zuallererst in eigener Sache unterwegs. Die mittlerweile zurückgetretene Umweltministerin kümmert sich nicht um das Tierwohl, sondern um ihren eigenen Schweinestall. Der Medienminister musste wegen Interessenskonflikten den Geschäftsbereich Medien aufgeben. Die gesamte Regierung hat sich so viele zusätzliche Stellen für die Ministerialbüros genehmigt wie keine andere zuvor.

□ Der Ministerpräsident ist als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet. Das versprochene

Aus des Pannen-Reaktors in Tihange war eine Nummer zu groß. Kleinlaut musste der Ministerpräsident die Heimreise aus Belgien antreten. Die große Ruhrgebietskonferenz droht

in Arbeitskreise zu versanden. Der angebliche Hackerangriff auf die ehemalige Umweltministerin entpuppte sich als Bedienungsfehler und wurde durch Armin Laschet verschwiegen. Seine Rolle und die weiterer Mitglieder der Landesregierung werden in einem Untersuchungsausschuss aufzuarbeiten sein. Das blockierende Verhalten der Landesregierung gegenüber dem Verfassungsorgan Landtag ist inakzeptabel.

□ Die „Entfesselungspolitik“ baut keinen einzigen Kindergarten und keine einzige Wohnung mehr. Die „Fesseln“ sind gute gesetzliche Regelungen zum Schutz von Mietern, Beschäftigten und der Umwelt. Mieterschutzrechte wurden geschliffen, der Sonntagsschutz aufgeweicht und der soziale Wohnungsbau um Millionen Euro gekürzt.

Für uns ist klar: NRW hat eine bessere Regierung verdient.

Wir werden deshalb den Finger immer wieder in die Wunde legen und die Regierung stellen. Wir werden mit eigenen Konzepten deutlich machen, wie eine zukunftsgewandte und sozial gerechte Politik für NRW aussieht.

LKW-Verkehr in der Innenstadt

Ein erster Schritt ist getan

Wie bereits mehrfach im Fachausschuss und im Rat der Stadt Linnich thematisiert – u.a. auf schriftliche Anfrage der SPD Fraktion vom 29.11.2016 - ist die Lenkung von Verkehrsflüssen durch die LKW-Navigation ein wichtiger Faktor. Im Rahmen des Projektes „Mobil-im-Rheinland“ können für den LKW-Verkehr nun Vorrangrouten festgelegt werden. Die festgelegten Vorrangrouten sollen dann in den LKW-Navigationsgeräten hinterlegt werden.

Im Beschluss vom 7.6.2018 legt der Rat der Stadt Linnich die Vorrangrouten für den LKW-Verkehr nach Linnich wie folgt fest:

Autobahnausfahrt Aldenhoven -> über die B56 und die B57 nach Linnich

Autobahnausfahrt Mersch -> über die B55, die L226 und die L253 nach Linnich
Eine eventuelle Erweiterung bis zur B57 wird geprüft.